

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierzeilige Zeile für die vierzeilige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69.

Freitag den 23. März 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Schamgefühl.

mp. Nachdem die lex Heinze neben anderen erbau-lichen Dingen auch das „geböhrlich verletzete Schamgefühl“ in das Strafgesetzbuch bringen will, ist es wohl an der Zeit, den Begriff Schamgefühl etwas näher zu betrachten. Das Schamgefühl ist nicht wie z. B. das Ehrgefühl, die Mutterliebe, eine Empfindung, die sich bei den Menschen im Allgemeinen auf gleiche oder wenigstens sehr ähnliche Weise äußert, sondern es wechselt nach Witzem, Personen, and bei den letzteren sogar wieder nach den Umständen. Daß die Wilden nicht herumlaufen und dabei nichts Schlimmes finden, ist bekannt. Trotzdem entbehren sie durchaus nicht des Schamgefühls. So erzählt Chamisso, daß auf den Kadakinseln ein ganz unbekleidetes Mädchen sich öfters neben ihn gesetzt habe, bis er eines Tages mit dem Finger prüfend über die Hüften der Schönen fuhr, um sich zu überzeugen, wie tief die hier angebrachten Tätowirungen in das Fleisch eingedrungen seien. Da stand das Mädchen auf und ver-trieb sich von da ab Chamisso. Ihr Schamgefühl war offen-lich durch die Berührung verletzt worden. Während die Wilden nichts oder fast gar nichts bedecken, verhält die Hochkulturen gerade jenen Theil ihres Körpers, den unsere Damen, soferne sie schön sind oder wenigstens in dem Wahne, es zu sein, leben, mit Vorliebe zeigen und herausputzen, nämlich ihr Gesicht. Die Türkin, die in Coastostium von einem Manne überzogen wird, nimmt nicht die Stellung der mediceischen Venus, sondern schlingt die Hände ängstlich vor das Gesicht. Auch unter den Völkern sogen. christlicher Länder ist das Schamgefühl sehr verschieden. Im Süden sind die Sitten freier als im Norden, das Bauernmädchen ist nicht so zimperlich wie das Stadtmädchen.

Eine ganz besonders feine Spezialität ist aber das Schamgefühl der oberen Stände zivilisierter Nationen, denn es wechselt bequem nach den gerade treffenden Situationen. Geseht eine Dame ist Abends 6 Uhr in Korsett und Unterrock damit beschäftigt, ihre Arme für den in einer Stunde stattfindenden Ball zu pudern, und just, während sie eifrig drauflosputzt, tritt ein Herr durch die Thüre, so wird die Dame den nächstbesten Lappen über die Schultern werfen und kreischend hinter ein Möbel springen. Eine Stunde später aber wird die nämliche Dame mit einer um keinen Zoll mehr verhüllenden Toilette in den Tanzsaal treten und wird das, was sie vor 60 Minuten noch sorgfältig verbarg, mit Stolz und Eifer spazieren tragen. Es sei hier auch an die Seebäder erinnert, wo die noble Damenwelt sich im und unmittelbar nach dem Bade fröhlich in der Nähe au-gieriger Herren herumtreibt, obwohl die bännen nassen Schwimmanzüge fest auf der Haut kleben und die züch-tigen Schönen so viel nackt zeigen.

Ein ähnliches Wechseln des Schamgefühls ist übr-igens auch bei den Männern zu beobachten. Während es Jedem peinlich wäre, in der Schwimmhose auch nur durch ein Bauerndorf zu gehen, trägt er diese mangel-hafte Toilette im Seebade oder in einer dicht besetzten Schwimmhalle unbesorgt zur Schau. Auch das in der Unterhaltung sich geltend machende Schamgefühl ist sehr veränderlich. Worte und Witze, die am Stammtisch ohne Bedenken ausgesprochen werden, erscheinen uns unpassend, sofern sie im Salon gebraucht würden. Endlich sei auch noch daran erinnert, wie die Erziehung das Schamgefühl überhaupt beeinflusst. Gibt es doch Leute, die sogar Worte, wie Hofe, Nieder u. als anstandswidrig er-klären.

Das Schamgefühl wechselt also nicht nur nach Völ-tern, sondern auch nach Personen und in den letzteren wieder nach Situationen. Und ein derartiges Gefühl, das herumflattert, wie die Fahne am Dach, soll einem deutschen Strafgesetzbuchparagrafen zu Grunde gelegt wer-den! Gewiß der beste Beweis dafür, daß die deutsche Justiz von den Reaktionsären glücklich zu Schanden geritten ist. Eine wirklich gute Rechtspflege kann nur bei scharf abgegrenzten Paragrafen, die dem Richter das Schlagen über die Stränge nahezu unmöglich machen, existieren. Sobald Kauffchulbestimmungen sich in das Strafgesetzbuch verirren, ist die Gefahr nahe, daß Stra-berci, politische Anschauungen u. ihren Einzug in die Gerichtssäle halten. Auch die Lex Heinze bietet hier ein weites Feld. Man denke nur, welche Verlockung darin

liegt, bei der hohen Obrigkeit in den Ruf eines fitten-strengen Mannes zu kommen. Derartige Kauffchulpara-graphen deläzigen aber nicht nur das Publikum, sondern sie untergraben in weit höherem Maße den Respekt vor der Rechtspflege, wie ja der Dolus eventualis, der Grobe Unfug, die dem Ansehen der deutschen Justiz so schwer geschadet haben, zur Genüge darthun. Es ist wahrlich nicht notwendig, diesen beiden Unglücksrabben noch einen Bruder zu geben. Und jene Richter, welche noch etwas anders sein wollen, als die gehorsamen Diener prüder Hofdamen und Hofmeister, hinterlistiger Zentru-ler und mianender Mucker, hätten gewiß allen Grund, sich gegen die neueste Degradation der Justiz energisch zu wehren. Die Justiz soll die Aufsichtsbehörde der Polizei sein, durch die Lex Heinze aber wird sie deren Stall-magd.

Nun hat uns Herr v. Nieberding, dem wir schon so manches Tragikomische verdanken, allerdings einen Normal-menschen verschprochen, dessen Schamgefühl bei der Aus-führung des neuen Keuschheitsgesetzes maßgebend sein soll. Ob Herr v. Nieberding oder Herr Koeren, dessen Name allerdings auch an etwas Unsitliches, nämlich den Schrei-liebeshöller Hirsche erinnert, diesen Musterjüngling vor-stellen werden, wissen wir nicht, aber das ist sicher, daß dieses Keuschheitsmodell ein famoses Objekt für Witzblätter und einen noch famoseren Beweis dafür, welche Geistes-größen in einem Ministerrod zu finden sind, bietet. Wer auch nur die ersten Schritte auf der Bahn zur Erkenntniß der Menschennatur zurückgelegt hat, wird gelernt haben, daß jeder Mensch eine besondere Auffassungs-, eine be-sondere Gefühlswelt hat, daß jeder Mensch die Dinge auf seine ganz spezielle Art und Weise sieht, daß es also einen geistigen Normalmenschen, den man in das nur klare und logisch vollkommen richtige Begriffe vertragende Gesetz einführen kann, überhaupt nicht giebt. Und wie oft hat ferner die Geschichte gezeigt, daß das, was der große Haufe der Gegenwart als bornirt, abnormal, ja verbrecherhaft verächtliche, in der Zukunft den Sieg davon-trug. De vielen gehesten und gemarterten Gelehrten, Entdecker und Menschenfreunde, auch das Loos vieler Künstler reden hier eine hereditäre Sprache. Und geseht, es gelänge die Konstruktion des braven Normaljünglings wirklich, in welcher Stimmung soll er maßgebend sein? Soll das Schamgefühl, das er am Stammtisch empfindet oder jenes, das er im Seebad oder Ballsaal mit halb-nackten Weibern schäfernd, in sich trägt, oder endlich jenes, das er nach der östlichen Weichte im Herzen hat, die Richtschnur bilden? Auch diese Frage wäre gesehlich zu lösen.

Aber trotz alles Argers, das Einem die Lex Heinze macht, ist sie doch in einer Hinsicht begrüßenswerth, denn sie wirkt auf die Folgen der Weltmachtpolitik ein klärendes Licht. Um das ausschlaggebende Zentrum bei guter Laune zu erhalten und zur glatten Bewilligung der Marinevorlage zu veranlassen, wirft die Reichsleitung sich blind in seine Arme. Und bei dieser Gelegenheit erhalten die stotterbegeisterten Nationalliberalen, diese willenlosen Lakaien des Marinismus und Militarismus in der Lex Heinze die schönste Ohrfeige. Diese Kauffchulle aber ist wohlverdient, ob sie aber zur Besserung beitragen wird?

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 21. März 1900.

173. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

An Bundesratspräsident: Tirpitz.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Etats für Kiautschou.

Die Kommission beantragt die folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu eruchen, die Schutztruppe im Schutzgebiet Kiautschou thunlichst auf Grund freiwilliger Werbung zu bilden und auf eine Verstärkung der Chinesen-Kom-pagnie Bedacht zu nehmen.

Die Berathung beginnt mit den Fortdauernden Ausgäben“, Lit. Gouverneur.

Sichhoff (Fp.) wendet sich gegen Graf v. Arnim und Hasse, die i. Zt. die Kommissionsberathung für überflüssig erklärten, während Redner sie für notwendig hielt, eine Ansicht, die schon im Hinblick auf die dort erhaltenen Auskünfte der Regierung über Erkrankungen in Kiautschou (230, davon 28 Todesfälle an Darm-typhus) gerechtfertigt erscheint. Ob diese Krankheiten eine vorüber-gehende Erscheinung seien, lasse sich noch nicht feststellen. Jedenfalls müßte man die Verhältnisse künftig in der Kommission noch ein-gehender prüfen und nicht, wie Graf Arnim, mit wohlfeilen Scherzen zur Tagesordnung übergehen. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Die Malaria in Tintan werde nicht so leicht verschwinden und müsse genau studirt werden. Der Resolution kann Redner mit seinen Freunden nicht zustimmen, weil es bedenklich sei, Dienst-

pflichtige in einem Welttheil mit anderem Klima zu verwenden, und weil der Grundgedanke einer allgemeinen Wehrpflicht nur die Ver-theidigung des Vaterlandes im Auge habe, nicht aber die Er-oberung fremder Welttheile. Es seien dort also nur ausschließlich Freiwillige zu verwenden, von denen sich übrigens 3000 gemeldet hätten. Eine Einführung der Wehrpflicht in den Schutzgebieten sei aber nicht ratsam. Den Etat für Kiautschou werde die frei-sinnige Volkspartei bewilligen in der Hoffnung, daß die gehesten Erwartungen sich nicht trügerisch erweisen werden.

Franken (N.) erinnert daran, daß die aus Kiautschou nach Wilhelmshafen zurückkehrenden Soldaten ausseher, wie her-untergekommene Chinesen oder — nach Ansicht einzelner Offiziere — wie Lumpensammler und Räuber. Im Uebrigen bestritt Redner die Resolution und den Etat.

Staatssekretär Tirpitz ist über das Aussehen der zurück-kehrenden Soldaten nicht orientirt. Der Kriegsdienst auf den Kriegsschiffen in den Tropen u. sei noch strapazierter als in Kiaut-schou und doch nicht zu umgehen. Doch werde die Verwaltung thunlichst entgegenkommen und nach Möglichkeit nur Freiwillige für Kiautschou verwenden.

Gröber (Z) hält es für bedenklich, aus dem Dienst eine Dienspflicht in allen Welttheilen zu folgern. Der Dienst müsse sich vielmehr nach den Gelezen richten. Das Zentrum meine, die Regierung könne eine Dienspflicht für fremde Welttheile nicht be-anspruchen, und sei im Uebrigen gegen die Resolution.

v. Kardorff (Rp) vertheidigt das Recht des Kriegsherrn, die Armee im Frieden in fremden Ländern zu verwenden, doch lege kein Anlaß vor, diese Frage jetzt aufzurollen und die Re-solution sei daher annehmbar. Weiter vertheidigt Redner den Grafen Arnim gegen Sichhoff und bestritt die Häufigkeit der Malaria in Kiautschou.

Bebel (SP): Wenn über die Resolution abgestimmt wird, möchte ich bitten, eine besondere Abstimmung darüber vorzunehmen, ob das Wort „thunlichst“ in der Resolution stehen bleiben soll. Wird durch die Abstimmung dieses Wort aufrecht erhalten, so werden wir gegen die ganze Resolution stimmen. Aus diesem einen Wort könnte die Marineverwaltung ein Recht ableiten, daß sie auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht Truppen eine beliebige lange Zeit in anderen Welttheilen stationieren kann. Daß die Re-solution von der Budgetkommission gefaßt ist, beweist, daß man über dieses Recht im Zweifel ist. Wenn es darüber noch einer Beweisführung bedürft hätte, dann hätten es die heutigen Ausführungen des Herrn Gröber erwiesen. Herr Gröber hat ausdrücklich erklärt, daß die Regierung kein Recht hat, auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht unsere Truppen längere Zeit im Auslande zu verwenden. In allen Staaten, die Kolonien haben, ist diese Rechtsfrage aufgetaucht. Wenn man auf England verweist, muß man doch bedenken, daß Englands Armee eine Werbearmee ist. Aber auch in England ist meines Wissens die Frage dahin entschieden worden, daß Niemand gezwungen werden kann, den he-mathlichen Boden zu verlassen. Wenn freilich ein Krieg ausbricht, dann werden wohl die Mannschaften da verwendet werden können, wo sie gebraucht werden. Daß bei uns die Soldaten gezwungen werden können, jahrelang in den Kolonien Garnisondienst zu thun, bestritt ich auf das Allerentschiedenste. Die Marineverwaltung scheint ja ursprünglich auch in Bezug auf Kiautschou beabsichtigt zu haben, nur die sich freiwillig Meldenden zum Dienste in dieser Kolonie heranzuziehen. Dafür sprechen die verschiedenen Aufforde-rungen, die die Marineverwaltung veröffentlicht hat. Erst nachdem die Anforderung einen ungünstigen Erfolg gehabt hat, scheint man sich entschlossen zu haben, unsere Soldaten eventuell auch gegen ihren Willen ins Auslande zu schicken. Schon nach der Verfassung kann kein Deutscher gezwungen werden, außerhalb des Vaterlandes seiner Dienspflicht zu genügen. Dazu kommt, daß die Ausübung dieses Dienstes in einem Lande wie China ihre besonderen Nach-theile hat; die ganze Dienstzeit wird für den Deutschen dort eine härtere als in der Heimat. Ich halte es für ganz außerordent-lich bedenklich, den Ausführungen des Herrn Abg. Gröber zu folgen. Er ist prinzipiell ebenfalls der Ansicht, daß eine solche Verwendung von Soldaten im Auslande auf Grund der all-gemeinen Wehrpflicht nicht stattfinden kann, will aber jetzt der Entscheidung aus dem Wege gehen. Ich glaube aber doch, man soll eine Rechtsfrage immer dann entscheiden, wenn sie aufsteht (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); wenn die Herren heute der Entscheidung aus dem Wege gehen, müssen sie es sich gefallen lassen, wenn später nicht in ihrem Sinne entschieden wird. Da sind doch die Herren von der Rechten viel toufquenter. Sie schrei-ben überhaupt dem obersten Kriegsherrn das Recht zu, die Armee im Land- und Seebienst überall zu verwenden. Das ist ein klarer Standpunkt, wenn ich ihn auch nicht theile. Wenn aber der Reichs-tag anderer Meinung ist, und nach den Ausführungen des Herrn Gröber ist das der Fall, so wäre es höchste Zeit, daß wir jetzt die Entscheidung treffen, damit der Reichstag nicht ein Recht, welches er jetzt noch hat, aus der Hand giebt. (Bravo! bei den Sozial-demokraten.)

Hasse (N.) wendet sich gegen Sichhoff und hält auch jetzt noch die Kommissionsberathung für entbehrlich, da sich im Plenum ja alles besprechen ließe. Die Resolution sei unerheblich und andre nichts an dem bestehenden Zustande, da eine Cabinetsordre von 1898 schon dasselbe vorgeschrieben habe. Beim Kameruner Auf-stande hätten Marinestruppen auch mitgeholfen. Lieber warte man doch weitere Erfahrungen ab, ehe man die Sache staatsrechtlich fest-lege. Die nationalliberale Partei werde der Resolution zustimmen.

v. Levetzow (N.): Die Resolution sei bedeutungslos neben der Cabinetsordre, doch werde er ihr dennoch zustimmen. Nebels-treichung könne er nicht billigen. Die Matrosen seien stets ge-nüßigt in fremden Welttheilen zu dienen, ohne dieses wäre ja die ganze Marine lahmgelegt. (Bravo!)

Gröber (Z) bestritt die Resolution nochmals.

Müller-Sagan (Fp.) meint, sie habe große, aber diesen Etat hinausgehende Bedeutung, da das deutsche Volk doch wissen müßte, wie weit die Commandogewalt gehe. Es bedürfe baldiger klarer Entscheidung darüber, ob Jemand wider seinen Willen im Frieden auf lange hinausgeschickt werden dürfe. Doch würden seine Freunde für die Resolution stimmen.

Krendt (RP.) giebt die Wichtigkeit der Frage zu, will aber die Prinzipienfrage heute hier beim Etat lieber unentschieden lassen. Er vertheilt ferner den Grafen Arnim.

v. Standp (R.) hält es für unzweifelhaft, daß der deutsche Soldat hingehen müsse, wohin er befohlen werde. Damit schließt die Debatte.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Volkspartei angenommen unter Aufrechterhaltung des Wortes „thunlich“, dessen Streichung Abg. Hebel beantragt hatte.

Der Etat wird bewilligt. Es folgt der Etat für das Reichsfinanzamt.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Krendt (RP.) theilt Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann mit, daß bis zum Jahre 1898 im Auslande im Ganzen 386 Millionen Mark deutscher Goldmünzen eingeschmolzen worden sind.

Auf weitere Angriffe des Abg. Krendt (RP.) gegen die Diskontpolitik der Reichsbank entgegnet Reichsbankpräsident Koch:

Ich brauche wohl auf die ausführlichen Darlegungen des Herrn Vorredners nicht einzugehen. Wir haben sie ja schon sehr oft gehört und sie brachten durchaus nichts Neues. (Hoi! rechts.) Nein, nichts Neues. (Heiterkeit.) Ich werde mich bemühen, die Diskontpolitik nach den bewährten Grundsätzen zum Wohle des Landes weiterzuführen. (Bravo! links.)

v. Standp (R.): Der Herr Reichsbankpräsident befindet sich in zwei Punkten im Gegensatz zur konservativen Partei. Erstens ist er ein absoluter Vertreter der Goldwährung, was wohl keiner von uns ist, und zweitens beurtheilen wir die Diskontpolitik etwas anders, als er. Wir beklagen den außerordentlich hohen Diskont, der eine große Belastung für die produktiven Stände bedeutet. Ich hoffe indes, daß es dem Herrn Reichsbankpräsidenten bei seiner hohen Befähigung gelingen wird, mit der Zeit niedrigere Diskontsätze zu erreichen.

Reichsbankpräsident Koch: Ich danke dem Herrn Vorredner für die Anerkennung, die in seinen letzten Worten liegt. Die Höhe der Diskontsätze hängt mit dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung zusammen, und wenn ich diesen hohen Diskont auch meinerseits durchaus beklage, so glaube ich doch nicht, daß er so bald wird beseitigt werden können.

Büsing (RP.): Die Frage, ob Gold- oder Silberwährung, ist wohl entschieden, nachdem die meisten Staaten, namentlich auch Amerika, zur Goldwährung übergegangen sind. (Widerspruch rechts.) Die hohen Diskontsätze hängen in der That mit dem wirtschaftlichen Aufschwung zusammen. Wenn sie von dem Goldbestand abhängen, wie die Herren von der Rechten behaupten, so müßte Rußland, das goldreichste Land, den niedrigsten Diskont haben. Das ist aber nicht der Fall. Das beste Mittel, über die hohen Diskontsätze hinwegzukommen, besteht darin, daß man mit den vorhandenen Mitteln Sparjam umgeht. (Sehr richtig! links.)

Au der weiteren Debatte theilnehmen sich die Abgg. Dr. Krendt (RP.), Dr. Sahn (Widkonn.) und Raab (R.)

Hierauf schließt die Diskussion.

Der Etat wird unverändert bewilligt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Kleine Etats; Etats- und Anleihegesetz. Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen etc.; Gelebenswärt betr. die Patentanwälte.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau

Deutschland

Was die Herren Krupp und Stumm bei den Flottenlieferungen verdienen würden, hat man ihnen in der Budgetkommission nachgerechnet und ist dabei bekannlich auf horrenden Summen gekommen. Die Rechnung ist dann von den Krupp- und Stummblättern vergeblich angefochten worden. Jetzt theilt ein anderer Großindustrieller, ein Konkurrent von Krupp, der sich in letzter Zeit von diesem los sagte, einem Mitarbeiter der „Freis. Ztg.“ Folgendes mit:

In der Budgetkommission des Reichstages hat man den Geschäftsgewinn der Firma Krupp aus den Lieferungen für das Reich noch viel zu gering geschätzt. Vor einiger Zeit lieferte Krupp Kugeln zu Feldgeschützen mit 4800 Mark. Die Konkurrenz erhielt dann einen Auftrag für die gleiche Sorte mit 1950 Mark. Darauf setzte Krupp seinen Preis von 4800 auf 1900 Mark herab. Granaten liefert Krupp mit 8,50 Mark, die Konkurrenz hat sie mit 5 Mark geliefert. Es ist ein Irrthum, daß Krupp allein die Kugeln für die Flotte liefern könne. Die Fabrikationsmethode ist kein Geheimnis und stammt aus Frankreich. Jeder irreführende Konkurrent kennt die Methode. Wenn nur eine Konkurrenz geschaffen würde für Krupp und Stumm, so könnte der Bedarf um die Hälfte billiger gegen den an Krupp gezahlten Preis gedeckt werden. Aber das Reichsfinanzamt stellt Bedingungen, welche das Aufkommen einer Konkurrenz unmöglich machen. So verlange das Reichsfinanzamt die Einrichtung eines Schießplatzes zu Proben in demselben Umfange, wie der Kruppische Schießplatz. Der letztere aber ist der Firma Krupp gegen eine Pachtsomme überwiesen worden. Diese Einrichtung für Schießproben verlangt für 24-Centimetergeschütze 2-3 Millionen, für 15-Centimetergeschütze 300 000 Mark. Ohne bestimmte Zusicherung der Regierung kann Niemand so große Summen von vornherein riskieren. Stumm macht sehr wenig Risiko, aber er wird von Krupp mit hohen Summen für die Unterlassung einer Konkurrenz abgefunden. Würde die Regierung sich mit einem oder mehreren Fabrikanten in Verbindung setzen und dieselben mit Aufträgen versehen, bezw. für den Anfang mit Kapital unterstützen, so könnten der Steuereinzahler viele Duzend Millionen erspart werden, die jetzt in die Taschen von Krupp fließen.

Diese Angaben werden hoffentlich Veranlassung bieten, die Angelegenheit in der Budgetkommission noch einmal nach allen Richtungen hin gründlich zu erörtern.

Die Zentrumspreffe hat ihre Wuth wegen der Niederlage bei der „lex Heinze“ noch nicht erschöpft. Ja, die „Bläuliche Volkszeitung“, welche erst sich gegen die Drohung einer Aenderung der Geschäftsordnung gewandt hatte, ist über Nacht anderer Meinung geworden und bringt einen Leitartikel zur Begründung derartiger Pläne. Sie empfängt auch bereits den gebührenden Lohn: das Lob des Stumm-Organs. Die Berliner „Märkische Volkszeitung“ ist klüger als ihre rheinische Parteigenossin; sie richtet ihren Unwillen gegen die zahlreichen Mitglieder der Rechten und des Zentrums, die durch ihr Fernbleiben die Beschlußfähigkeit des Reichstages verunmöglichen.

Herrmann, Herrmann, ärgert dich nicht! Es schwingt sich, mit Würde sich zu setzen auf einem Stuhl, den Schiller leer gelassen“ rief Graf Platen den Dramatiker seiner Zeit zu. Herr Professor Dr. Hermann Kropatschek ist zwar, soviel wir wissen, kein Dra-

matiker — es sei denn, daß er in seiner früheren Gymnasialstufenlehrenden Thätigkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Oberlehrer-Römertragödie verbrochen hat — aber er hat noch immer nicht gelernt, mit Würde sich zu fassen auf dem Redaktionschemel, den gezwungener Weise Herr von Hammerstein hat leer gelassen. Floras Freund schrieb seine moralischen Sonntagsartikel mit der gelassenen Ruhe eines Weisen, der sich aus dem Sinnentau und dem sündigen Weltgetriebe in die erhabene Einsamkeit frommer Betrachtungen geflüchtet; Herr Kropatschek dagegen schreibt seine Sonntagsartikel in der holprigen Sprache eines märkischen Landpastors und mit der trocknen Langweiligkeit eines pedantischen Schulmeisters. Macht er aber einmal den Versuch, mit Temperament zu schreiben, so verfällt er unweigerlich in die Sprache einer keifenden Pöbelsfrau und schimpft in einer Weise, daß das Krächzen des Kropatschek sich dagegen wie ein Nachtgallengefang ausnimmt. So auch im letzten Sonntagsartikel. Derselbe besteht aus einem wüthenden Geschimpfe auf die Obstruktivisten, denen so ziemlich alle existierenden und nicht existierenden menschlichen und unmenschlichen Laster und Untugenden nachgerebet werden. Der Vorwurf, daß die Obstruktion „den Ton des Reichstags heruntergebracht“ habe, nimmt sich in dieser Umgebung fast wie ein Kosewort aus. Herr Dr. Kropatschek ist auch furchtbar unvorsichtig. Wenn man mit düstigen Redebildern wie „Maul halten“ um sich zu werfen pflegt, thut man gut, auf die Errichtung eines „Tanz- und Konfessionskurses für Parlamentarier“ zu verzichten. Die Empfehlungen sind zu schlecht, als daß auf zahlreichen Zuspruch gerechnet werden könnte.

Unfallversicherungs-Kommission. Unser parlamentarischer Berichterstatter schreibt uns: Am Dienstag — Sonnabend hat wegen der frühen Reichstagsöffnung die Kommission nicht getagt — wurde derjenige Paragraph des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes behandelt, der in gleicher Weise wie bei der gewerblichen Unfallversicherung die Versicherung ausdehnen will auch auf die „häuslichen und anderen Dienste“ der versicherten Personen. In einem zweiten Satz dieses Paragraphen war vorgesehen, daß durch Statut die Versicherung auch für die Betriebsunternehmer auf die mit der Landwirtschaft in Zusammenhang stehenden hauswirtschaftlichen Einrichtungen ausgedehnt werden kann. Die Verbesserung hat für die Landwirtschaft eine viel größere Bedeutung als für die Industrie, weil die landwirtschaftlichen Arbeiter sehr häufig zu „häuslichen und anderen Diensten“ gezogen werden, was in der Industrie nicht geschieht. Namentlich trifft dies für die kleinen Betriebe zu. Aus diesem Grunde bemühte sich einer der Hauptvorsitzer der Agrarier, der konservative Abg. Gamp, mit geradezu rührender Ausdauer, diese Verbesserung zu Fall zu bringen oder wenigstens so abzuschwächen, daß sie nur den Großgrundbesitzern und nicht den kleinen Besitzern zum Nutzen gereichen kann. Er behauptete, daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht in dem von der Regierung vorgeschlagenen Maße die Großgrundbesitzer außer die Belastung würde und fragte mit Entrüstung, wie es die Regierung wagen könne, der nothleidenden Landwirtschaft eine solche neue Belastung zuzumuthen. Es handelte sich hier um mehr als 4 Millionen kleiner Grundbesitzer, denen man eine überflüssige Wohlthat auf Kosten der Großgrundbesitzer erweisen wolle. Diese kleinen Besitzern wären eigentlich gar keine Landwirthe. Sollte aber die Ausdehnung des Kreises der versicherten Arbeiter von der Mehrheit angenommen werden, so wolle der Abg. Gamp wenigstens den Kleinbauern selbst die vorgesehene Wohlthat vorenthalten. Bei seinem eigenen Fraktionsgenossen, dem Frhr. v. Richtigshofen, fand aber Herr Gamp entschiedenen Widerstand. Herr v. Richtigshofen hielt die von der Regierung vorgeschlagene Aenderung für die wichtigste des ganzen Gesetzes. Durch die neue Bestimmung werde ein geradezu unzahlbarer Zustand beseitigt. Die landwirtschaftliche Thätigkeit sei nun einmal in vielen Fällen nicht von der häuslichen Thätigkeit zu trennen und der Versuch, dies doch zu thun, habe zu unergieblichen Streitigkeiten und zu Entschädigungen geführt, welche für die versicherten Arbeiter einfach unverständlich seien. Die Regierung stimmte dem zu und wies darauf hin, daß schon nach dem geltenden Gesetz das Reichs-Versicherungsamts sich genöthigt gesehen hätte, die Versicherung auf eine ganze Reihe von häuslichen Arbeiten auszudehnen. Deshalb sei es nothwendig, daß diese Ausdehnung des Gesetzes ausdrücklich festgelegt werde. Auch erinnerte der Staatssekretär v. Wolowosky daran, daß durch die vorgesehene Erweiterung der Versicherung die Armenleihen bis zu einem gewissen Grade vermindert werden und daß dies auch den Großgrundbesitzern zu Gute komme. Ganz unmöglich aber sei es, das, was den landwirtschaftlichen Arbeitern zugestanden wird, den kleinen Besitzern zu verweigern. Das würde erst recht zur Erbitterung führen. Auch die Sozialdemokraten traten für die Regierungsvorlage ein. Sie erkannten an, daß eine Trennung der landwirtschaftlichen Thätigkeit von der Arbeit im Haushalt nicht gut durchführbar sei. Bezeichnend sei es, daß bei dieser Gelegenheit die Agrarier die kleinen Grundbesitzer als gar nicht zur Landwirtschaft gehörig hinstellen wollten, während sie dann, wenn es zu ihrer Selbstbehauptung paßt, gerade die Kleinbauern ins Feld führen und die Begünstigung der Landwirtschaft gerade mit Rücksicht auf die Lage dieser kleinen Leute fordern. Hier zeige es sich, wie es in Wahrheit um das Wohlwollen der Agrarier für die kleinen Landwirthe bestellt sei. Darauf erwiderten die Agrarier, daß sie selbst verständlich für die kleinen Bauern das allergrößte Wohlwollen auf Lager hätten. Hier handele es sich aber nicht darum, sondern um die Belastung der Großgrundbesitzer und da könnten sie sich nicht allein von ihrem guten Herzen leiten lassen. Bei der Abstimmung wurden jedoch die Anträge Gamp abgelehnt und der Regierungsvorlesung mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

In einem weiteren Antrage verlangte Abg. Gamp, daß die Vertheilung der Löhne auf die einzelnen Betriebe nach der durchschnittlich erforderlichen menschlichen Arbeit geschieden solle und daß in der Regel nicht Rücksicht auf die mit dem Betriebe verbundenen Unfallgefahren genommen werde. Sollte letzteres doch geschehen, so muß dies ausdrücklich im Statut festgelegt werden. In dem bestehenden Gesetz ist das Verhältnis umgekehrt. Dort wird auf die Regel festgelegt, daß nicht nur die menschliche Arbeitskraft, sondern auch die Unfallgefahr für die Höhe der Beiträge maßgebend sein soll und daß nur in Ausnahmefällen von der Unfallgefahr abgesehen werden kann. Die Sozialdemokraten wandten sich sowohl gegen den Antrag Gamp als auch gegen das bestehende Gesetz und verlangten, daß unter allen Umständen die Beiträge auch nach der Unfallgefahr bemessen werden müssen, damit der Betriebsleiter angereizt werde, die Unfallgefahr seines Betriebes möglichst zu verringern. Es wurde jedoch zwar der Antrag Gamp abgelehnt, aber die Bestimmung des früheren Gesetzes beibehalten. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

„Künstliche Mache“, so und ähnlich bezeichnen die Agrarier die ihnen verhasste Protestbewegung gegen das Fleischschlaggesetz. Es macht sich demgegenüber sehr nett, was die „Nationall. Korresp.“ erzählt. Ihr wird aus der Provinz geschrieben:

Die Berliner Zeitung des Bundes der Landwirthe entwickelt eine Geschäftigkeit, die andere Parteien zum Nach-

denken könnte. Die Berliner Centralleitung des Bundes hat in Schreibmaschinen-Schrift ein Schreiben an ihre Vertrauensmänner im Osten verfaßt, das an der Spitze die übliche Firma „Bund der Landwirthe“, Berlin SW., Dessauerstraße Nr. 7, trägt und der Dequemlichkeit halber den betreffenden Odbannern einen Protest zurecht macht, der von diesen je nach Fähigkeit und Geschmack abgeändert werden kann und etwa folgendermaßen lautet:

Wir, hochwohlgeboren . . . ersuchen wir, angeichts des Entschlusses, der gegen das Fleischschlaggesetz von unsren Gegnern in Szene gesetzt wird, auf das Entschiedenste für das Gesez in der Fassung der Kommission und wie es in zweiter Lesung vom Reichstag angenommen worden ist, einzutreten und sich jeder Abchwächung als mit den Lebensinteressen sowohl der deutschen Konsumenten wie der deutschen Landwirtschaft unvereinbar auf das Nachdrücklichste zu widersetzen, und auch wenn eine abgeschwächte Form vereinbart werden sollte, unter allen Umständen dagegen zu stimmen.

Aus der Bestellung des Schreibens ist zu schließen, daß dasselbe in Hunderten von Exemplaren in das Land hinausgeschickt worden ist.

Wenn diese „Bewegung“ im Reichstag erörtert wird, dann weiß man doch, wo die „künstliche Mache“ ist. Die konservative Fraktion hat übrigens beschlossen, an den Beschlüssen der zweiten Lesung festzuhalten, d. h. auf kein Kompromiß einzugehen.

Zur Kohlennoth. Der Vorsitzende der Barmer Handelskammer richtete an das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat des Erzbezirks, sich darüber zu äußern, ob und durch welche Mittel der ungemein großen Kohlennoth zu steuern sei. Gegenwärtig stehe in dem großen Industrie-Centrum des bergischen Landes sowie des Niederrheins eine Anzahl größerer Betriebe vor der Centralität, ihre Fabriken still liegen zu lassen. Andere kaufen englische Kohlen zu dem beispiellos hohen Preise von 240 Mark per Doppelwaggon. Als Ursache der Nothlenoth wird die Ausfuhr nach Holland, Belgien und Böhmen angegeben. Falls keine genügende Antwort erfolgt, wird dem Beschlusse der Barmer Handelskammer entsprechend, bei der Regierung der Antrag gestellt, ein Verbot der Kohlenausfuhr zu erlassen.

Kleine politische Nachrichten. Im Seniorenkongress des Reichstages ist am Mittwoch vereinbart worden, nach Erledigung der zweiten Beratung des Stats am Montag die Senatsanordnung zu beraten und von Dienstag oder Mittwoch ab die dritte Etatsberatung zu beginnen. Der Präsident hofft, dieselbe schon in zwei Tagen, am Mittwoch oder Donnerstag, zu Ende führen zu können. Die Oesterreicher sollen alsbald nach Erledigung des Stats beginnen und bis zum 24. April nachkommen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat jetzt beantragt, die Wahl des Abgeordneten Sacke (Sd. Waldenburg), der in der Stichwahl mit 13 043 gegen 13 008 Stimmen gegen den Amtsgewaltigen Krause gewählt worden war, für ungültig zu erklären. Ueber die Wahl des Barons de Schmid (Ls., Saargemünd-Forbach) sollen Erhebungen angeestellt werden. — 340 Unterbeamte der Berliner Wagenschneiderei werden am 1. April in den Reichspostdienst übernommen. Dagegen müßte durchweg davon abgesehen werden, die sonstigen Angehörigen im Reichspostamt zu beschäftigen, da die Fachausbildung nicht den Anforderungen entsprach. — In der babilonischen Kammer haben die Mitglieder sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme des Zentrums und der Konservativen den Antrag gestellt, die Regierung möge gegen den Kunst- und Theater-Paragrafen (184a und 184b) der lex Heinze in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse im Bundesrathe Stellung nehmen. — Zum Fall Lippis erklären jetzt auch bayerische Zentrumsblätter, sie seien weit davon entfernt, ein Disziplinarverfahren zu wünschen. Wenn der Minister dem Professor Lippis seine Mißbilligung ausdrücke, so sei dem als Gesamtkörper schwer beleidigten Richterstand hinreichende Genugthuung gegeben. (Man hat wohl inzwischen eingesehen, daß nur durch eine Verdröhnung der Aeußerungen, die Professor Lippis in der Mündlicher Professorenversammlung gegen die lex Heinze über den Richterstand gethan hat, sich ein Disziplinarverfahren herausrechnen ließe. Der von der schwarzen Kammergarde angezündete Scheiterhaufen wird also wohl das erfundene Opfer nicht erreichen.) — In Bulgarien macht die geplante Zehntensteuer böses Blut. In Warna wurden am Dienstag in einem neuen von der Opposition einberufenen Protestmeeting gegen die Zehntensteuer die Veranstalter der Versammlung verhaftet. Die erregte Menge versuchte, die Verhafteten zu befreien. Die Gendarmerie feuerte auf die Menge, wobei vier Personen getödtet und mehrere verwundet sein sollen. — Aus Konstantinopel wird telegraphirt: Der Sultan verbannte acht Palastdamen wegen Intriguen mit seinem künftigen Schwager Mahmut Pascha. — In der Stadt Asan (Korea) hatten die Anständer viele Grundstücke und Häuser gekauft. Ein ministerieller Befehl wies den Gouverneur an, die Korrener, die Verkäufer waren, zu verhaften und den Käufern das Geld zurückzugeben. Sündlich, sündlich! — Die deutsche Regierung sandte — so meldet die „Freis. Ztg.“ aus New York — eine Expedition nach Sikkim in der Provinz Schantung, um amerikanische Missionare zu schützen. Eine weitere Expedition nach einem andern Orte ist geplant. Ueberhaupt soll Deutschland die Absicht haben, die Ordnung in der genannten Provinz aufrecht zu erhalten, um anderen Mächten den Vorwand eventueller Truppenlandungen zu nehmen. In Washington ermarktet man übrigens bald weitere auf die Ausdehnung des deutschen Einflusses in Schantung gerichtete Maßregeln.

Belgien

Zur Reiche Leopolds des Tugendhaften, wo, wie i. Zt. eine Hamburger Strafkammer im Prozeß Stenzel festgestellt hat, Spielhöllen ebenso wenig existiren, wie etwa in Hamburg Bordelle „im polizeitechnischen Sinne“, macht dessen ungeachtet die Korruption gewaltige Fortschritte. In der am Freitag stattgehabten Sitzung der Kammer brachte der sozialistische Abg. De Stré eine Angelegenheit zur Sprache, welche schon seit mehreren Tagen die gesammte belgische Presse beschäftigt und die auch wir bereits erwähnten. Es ist die unwillkürliche Entlassung des Generalkassensamwals beim Genter Appellhofe, de Gammond. Der Fall würde eine weitere Beachtung kaum verdienen, wenn er vereinzelt dastände. Leider haben sich in den letzten Jahren die Standale in solcher Weise gehäuft, daß die öffentliche Meinung sich nothwendig näher mit ihnen befassen muß. Wie gesagt, der Genter Oberstaatsanwalt ist keine Ausnahme; vor einigen Jahren wurde ein Brüsseler Generaladvokat (also ein hoher staatsanwaltschaftlicher Beamter beim Appellhofe) im Hause eines Senators beim Fallschpieler erfaßt und mußte sofort das Haus und Tags nachher sein Amt verlassen. Kurze Zeit nachher

ereignete sich ein Sittenstandal mit dem Appellhofsrathe Demaret, und vor anderthalb Jahren wurde der Generaladvokat de Ronge als heimlicher Beschüher einer Bordellwirthin und Bucherin entlarvt. Die Abfertigung war in all' diesen Fällen eine sofortige. Dabei „erkreut“ sich Belgien einer Regierung, die dem Ideal der lex Heinze-Schwärmer ziemlich entspricht; sie ist nämlich so schwarz und so reaktionär, wie es der energiegelteste Ultramontane nur wünschen kann. Doch — „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Es liegt jetzt eine amtliche Mitteilung aus Pretoria über die Rückzugs Befehle mit Lord Roberts vor. Sie wurde von der Regierung der Transvaal-Republic durch Ausschlag veröffentlicht und lautet: Die Verluste während der Gefechte in der Umgegend von Abrahamskraal, westlich von Blumfontein, belaufen sich auf 90 Tode mit Verwundete. Die Engländer sind dreimal nacheinander zurückgeschlagen worden. Ihre Verluste müssen sehr bedeutend gewesen sein. Der Rückzug der Buren in bessere Stellungen, nämlich von Blumfontein, vollzog sich in bester Ordnung; sie nahmen sämtliche Geschütze und Munition mit.

Aus Kapstadt und Ladysmith wird übereinstimmend gemeldet, daß ein neuer Vorstoß in Natal unumittelbar bevorstehe. Die Lage in Ladysmith ist noch sehr traurig, 2400 Personen liegen noch an Typhus in den Hospitälern, worunter die eingetrossenen Truppen sehr leiden. Die erste öffentliche Brodvertheilung konnte erst Dienstag stattfinden. — Aus dem Burenlager bei Glencoe, 17. März, meldet das „Bureau Reuter“: Eine starke Patrouille unter Kommandant Posthuzen aus Krügerdorp begab sich gestern Abend nach Ladysmith zu nam heute früh mit englischen Postpferden in Verührung. Der Expedition gelang es, die Städte der Engländer festzuhalten. Buller schickte gestern den Obersten Hamilton mit einer weißen Fahne und mit einem Briefe, in dem mitgeteilt wurde, daß die bei Dewdrop zurückgelassene deutsche Ambulanz nachgeschickt werde. Vier verwundete der Ambulanz waren von den Engländern als Geiseln zurückgehalten worden. Zwei von denselben, ein Kommandant und ein Feldforner, entkamen und die Engländer verhafteten Dr. Albrecht in Ladysmith wegen des Entkommens dieser beiden Buren. Die deutsche Regierung wird deswegen bei der englischen Regierung Vorstellungen erheben.

Aus dem Burenlager in Glencoe wird ferner dem „Reuter'schen Bureau“ vom 17. d. M. gemeldet, es sei eine vollständige Sammlung von unter dem Namen „Dum-Dum-Patronen“ bekannten Expansivpatronen zum Verfertigungsgewehre, die die Buren bei englischen Soldaten in Natal fanden, angelegt und dem englischen Kriegssamt zugesandt worden.

Aus Kronsstadt melden die Londoner Abendblätter vom 18. März: Die hiesigen Burenmannschaften halten sich kampfbereit gegen die anrückenden Engländer. Präsident Krüger hielt eine feurige Ansprache an die Bürger und ermahnte sie, auszuhalten in dem Freiheitskampfe. Wenn auch die Engländer Blumfontein besetzt hielten, so würde sicherlich die Unabhängigkeit des Vaterlandes doch schließlich gewahrt bleiben. Präsident Steijn hielt eine ähnliche Ansprache und sagte, die Bürger sollten der Proklamations Lord Roberts, betr. Niederlegung der Waffen, keinen Glauben schenken. Die Ansprachen erfüllten die Bürger mit Begeisterung.

In Pretoria ist folgende amtliche Meldung angeschlagen worden: Am 14. März übertrugen die Kapferner neuerdings die Grenze und stahlen uns 36 Zugochsen in dem Distrikte von Mariko, wir verfolgten dieselben und nachdem wir sie eingeholt hatten, entspann sich ein Gefecht, bei welchem drei Köstern getödtet und einer verwundet wurde. Unsererseits sind keine Verluste zu verzeichnen.

Die Telegraphenverbindung zwischen Kapstadt und Dordrecht (Norden der Kapkolonie) ist wieder hergestellt.

Aus Kimberley meldet das Reuter'sche Bureau: Am letzten Sonntag fand den ganzen Tag zwischen den britischen Truppen bei Warrenton und den Buren bei Fourteen-Stream's Gefehigsfeuer statt. Die Buren zogen sich beim Eintritt der Dunkelheit nach Christiana zurück, nachdem sie von den britischen Geschützen beschossen worden waren. Ein amtliches englisches Telegramm aus Warrenton besagt ferner: Der Feind ist jetzt weniger zahlreich, er behauptet aber die Stellung am Mafusur, die mit den englischen Feldgeschützen schwer erreicht werden kann. Die Geschütze des Feindes sind ansehnlich fortgeschafft. — Da Warrenton nördlich von Kimberley liegt, in der Richtung auf Mafeking, so handelt es sich zweifellos um Kämpfe zwischen der britischen Entschlossenheit und den Buren.

Die Abfertigung von zwei englischen Generalen, welche schon vor vielen Wochen angekündigt wurde, soll nun ziemlich festbeschlossene Sache sein. Es heißt in London, die dort eingetroffenen Berichte des Lord Roberts über die verschiedenen Gefechte bei Stormberg und Magersfontein seien für die Generale Gatacre und Methuen so beläuernd, daß die Amtsenthebung beider Offiziere sich aufdränge. Eine ministerielle Verfügung wird für die nächste Zukunft erwartet. Bei dieser Nachricht wird dem General Buller etwas ungemüthlich werden, denn seine Tapferkeit am Tugela reihen sich Methuens und Gatacres Leistungen in jeder Hinsicht würdig an.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 22. März.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen ferner die Schuhmacher, Maurer und Böttcher.

Lohnbewegung der Samiede. In der gestern Abend bei Spahmann abgehaltenen Versammlung beschlossen die Schmiede mit 101 gegen 10 Stimmen, an dem den beiden Fabrikleitungen unterbreiteten, von uns bereits bekannt gegebenen Lohnatarif festzuhalten und, falls bis heute, Donnerstag, Abend keine befriedigende Antwort erfolgt, am Freitag Morgen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Ebenfalls beschlossen die 22 anwesenden, bei Innungsmeistern arbeitenden Gesellen einstimmig, wenn der von ihnen geforderte Minimallohn von 30 Pf. nicht bis Sonnabend Abend bewilligt wird, am Montag in den Streik einzutreten.

Lohnbewegung. Zugang ist ferngehalten von Marxern nach Teterow, von Gerbern, Müllern und Holzarbeitern (Hülfsarbeitern) aller Art nach Grabow i. Meckl.

Zum Malerstreik. Die Malerinnung hat es sich gestern bekanntlich weit über 100 Mk. kosten lassen, um dem Publikum den Glauben beizubringen, daß sie unschuldig sei an der augenblicklichen Kalamität. Jeder mit Ackerlegung begabte Mensch sagte sich jedoch sofort, daß

die Sache denn doch einen Haken haben müsse. Und den hat sie allerdings. Die Gehülften schreiben uns: „Der Innung, welche dem Publikum gegenüber sich so gerne den Schein der Gerechtigkeit und Friedensliebe geben möchte, indem sie die verschiedenen Tarife dem Publikum vor Augen führt, es andererseits aber unterläßt, die Vermittelungsvorschläge der Ausschüsse zu veröffentlichen, möchten wir denn doch empfehlen, der vollen Wahrheit die Ehre zu geben und nicht die Sache zu verschleiern. Um des lieben Friedens willen einigten sich nämlich die beiderseitigen Ausschüsse dahin, daß wenn alles abgelehnt würde, folgender Vorschlag unterbreitet werden sollte: Der Lohn betrüge ab 1. April bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 48 Pf., ab 1. Januar 1901 bei 9 stündiger Arbeitszeit 50 Pf. Dieser Vorschlag sowohl wie seine Vorgänger wurden jedoch in der zweiten Innungsversammlung **gar nicht zur Abstimmung gebracht**, indem der Obermeister, Herr Bever, erklärte, er bedaure, daß die Mitglieder der Innung nochmals über den Punkt „Gesellenfrage“ zusammenberufen seien, er sei aber der Ansicht, daß sie keine kleinen Kinder seien, die zweimal über eine Sache abstimmen. Es wurde sodann vom Gesellenausschusse der Antrag gestellt, doch wenigstens die Protokolle über die Ausschüßerverhandlungen zu verlesen, was auch vom Meisterausschusse befürwortet ward, — vergessens! Der Vorsitzende, welcher nach unserer Ansicht es durchaus auf einen Konflikt ankommen lassen wollte, inhibirte auch dieses in geschickter Weise. Ueber den Vermittelungsvorschlag ward einfach zur Tagesordnung übergegangen und der Gesellenausschuß „mit Dem“ entlassen. Betont wurde noch, daß die Innung überhaupt nicht verpflichtet sei, den Gesellenausschuß zu ihren Versammlungen zuzulassen, obwohl sie merkwürdiger Weise sich dessen bei früheren Verhandlungen nie erinnert hatte. Was die **Verkürzung der Arbeitszeit** anlangt, so diene noch zur Erinnerung, daß in einer öffentlichen Versammlung sowohl wie in den Kommissionsitzungen die **Meister** selbst erklart haben, daß jetzt bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit ebensovviel geschafft würde, wie früher bei der elfstündigen, und daß dieserhalb **gar keine Bedenken vorlägen, die 9stündige einzuführen!** Eine Körperschaft jedoch, die dem von ihr selbst gewählten Ausschusse so bligwenig Vertrauen zu selbständigem Handeln entgegenbringt, daß sie über seine Vorschläge einfach zur Tagesordnung übergeht, wend es dem Herrn Obermeister behagt, die einen Vorsitzenden hat, der als unparteiisch sein sollender Väter die Versammlung direkt beeinflusst, der ist eben nicht zu helfen. Wir verwarren uns wiederholt dagegen, daß unsererseits der Streik vom Zaune gebrochen sei, und sind nach wie vor zu gütlicher Schlichtung bereit, vorausgesetzt, daß eine ähnliche Vergewaltigung seitens der Innung ausgeschlossen ist.“ — Danach hätte also die Innung ruhig das viele Geld für die Inzerate sparen können. Es gewinnt durchaus den Anschein, als ob der Einfluß des der Arbeitszeitverkürzung abhaken Arbeitgeberverbandes hier wieder sein gefährliches Spiel treibt. — Zum Tapeziererstreik ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Schwarze Listen sind nach neuer Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts im kaufmännischen Verkehr erlaubt und dürfen als Pressionsmittel in Anwendung gebracht werden.

„Nicht parteilos, sondern liberal!“ So empfiehlt sich die — „Eisenbahn-Zeitung“. Wo ist sie denn „liberal“? Etwa dort, wo sie aus Geschäftszinteressen vor dem Bunde der Landwirthe Rücklinge macht? Oder dort, wo sie aus persönlichen Interessen die Willensunfreiheit des Civil-Militärs predigt? Oder dort, wo sie der Unternehmerwillkür durch tiefe Knigge ihre Devotion zu erkennen giebt?

Gegen den Elbe-Trade-Kanal hat sich im Lauenburger Kreisstage der gut agrarische Herbert Bismarck ziemlich verb ausgesprochen. Die hiesigen blinden Verchehr Alles dessen, was nach dem Sachsenwalde riecht, hat das unangenehm berührt.

Gegen den Werth des Mißzsystems sprechen die heutigen „Erfolge“ der Engländer gegen die Buren. Es ist möglich, daß Menschen solchen Unsinn zu Tage fördern, daher wundern's uns nicht, ihn sich im Amtsblatte selbstgefällig breitmachen zu sehen.

Petitionsbogen für die Flottenvorlage werden jetzt mit den „Lüb. Anz.“ verbreitet. Auf diese Art bekommen aber doch die Allerwenigsten ein Exemplar! Das ist wirklich nicht schlaun angefangen!

Die **Bürgerchaftssitzung** vom Montag stand, wie ihre Vorgängerin, im Zeichen der Hochbeimigkeit. Wiederum hat die Schaar der Erwählten des „Volkes“ einem Senatswunsche die Erfüllung versagt und zwar mit großer Majorität. Von der Sache wird viel Aufhebens gemacht, das Amtsblatt läßt sogar am Schlusse einer trübseitigen Zeichenrede durchblicken, daß der Hohe Senat sehr mißgestimmt sei. Nun, so etwas legt sich, die gute Bürgerchaft zeigt sich ein anderes Mal einmal recht artig, und Freude herrscht in Troja's Hallen! Handelt's sich doch, genau genommen, um eine Bagateltsache. Der Senat trägt sich mit dem Gedanken, die jetzigen **Senatssekretäre** in Stellen nach Art der Hamburger Syndikusposten zu setzen und sie selbstverständlich höher zu besolden. In der Motivirung dieses Verlangens ist nun die höchste Instanz außerordentlich unglücklich gewesen. Sie begründet nämlich dasselbe mit der wachsenden Arbeitslast. Mit Recht wurde von verschiedenen Rednern dar-

auf hingewiesen, daß Ueberbürdung von Beamten nicht durch Gehaltserhöhung beseitigt werde. Es ist erfreulich, daß auch aus bürgerlichen Kreisen einmal Stimmen laut werden, die statt der Ueberstunden meist wirthschaftliche Mehrinstellung von Arbeitern fordern. Der weitere Hinweis, daß man besonders qualifizierte Kräfte heranziehen müsse, erfuhr eine eigenartige Illustrirung durch Herrn Dr. Baetche, welcher erklärte, es scheint ihm so, als ob schon eine Persönlichkeit in Aussicht genommen sei. Nebenbei spielte eine große Rolle die Furcht, die in Aussicht genommene Zulage möchte die Begehrlichkeit anderer Beamtenkategorien wecken. Wie die Löwin um ihr Junges kämpften die Senatsmitglieder, unterstützt vom Kanalkönig Boffehl und vom Eisenbahnkönig Brecht, um die Vorlage — umsonst! Der Theil derselben, welcher die Pfriinde fetter machen will, ward verworfen, nur die andere Hälfte fand Gnade vor den Augen der Volkstribunen. Unsere Bürgerchaft hat einmal wieder als „Unerbittliche“ dagestanden. Vielleicht denkt Jemand, „Wenn nicht, denn nicht!“ Voilà tout! — Lang und breit ward auch über die anzulegenden **Nachfahrwege** debattirt. Eine Fluth von Wünschen und Klagen brodelte empor. Dem Einem paßt dies nicht, dem Andern das nicht, Einer bedankt sich, wo sein Nachbar herben Tadel findet, die Behörde aber ist felsenfest überzeugt, daß Alles, was sie that, wohlgethan, und an diesem Felsen bricht sich dann die Fluth. Wir meinen, diese Frage lasse sich kurz behandeln: Es wird durch eine indirekte Steuer Geld zusammengebracht, für das hüttenmäßig Brauchbares geschaffen wird. Das war vorauszu sehen, als die Steuer eingeführt wurde, damals hatte man ein Mittel, es zu verhindern: die Ablehnung der Vorlage. Die Bürgerchaft, die diesen Weg nicht einschlug, sollte sich jetzt nicht unnütz aufregen.

Die **Stewards** haben sich in Hamburg als Sektion des Seemannsverbandes organisiert. Dem Verein traten sofort ca. 150 Mitglieder bei.

Der **Bürgerausschuß** hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher 11 Gegenstände zu erledigen waren.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Freitag wird noch einmal Mozart's bestschickte Oper „Die Hochzeit des Figaro“ gegeben. Die Vorstellung geht zu ermäßigten Preisen in Szene. Am Sonnabend kommt zum ersten Male das amüsante vieraktige Lustspiel von Trieb „Der Regenmeister“ zur Aufführung.

pd. **Zu Gast** gerieten ein Löpfer, welcher verchiedener theils in Gr. Gröbau, theils hier verhöter Diebstähle beschuldigt wird, ein von der Anwaltschaft Süßrow wegen Hausfriedensbruchs steckbrieflich verfolgter Schwellegeistle und ein Munter aus Riga, der verdächtig ist, aus einer Raubdiebstahl an der Böttcherstraße Kleidungsstücke und Handwerkszeug gestohlen zu haben.

Cutin. Staatsbürger zweiter Klasse zu sein, diesem unüberwindlichen Gellüste haben die Parteigeroffen des Fürkenthums schon oft in lästigen Worten Ausdruck verliehen. Sie sind daran gewöhnt, finden sich damit ab und finden die Früchte dieses Systems zu ernten. Mit welchem Erfolge, das lehren alle Wahlen. Der Ruf des Großherzogthums Oldenburg, daß es sich noch nicht auszeichne durch allzu einseitige Behandlung der Arbeiterbewegung, hat für den rüchlichsten Theil desselben nie gegolten. Dort hat man sich stets unter preuzischer Obhut gefügt. Unsere Freunde werden sich deshalb auch nicht wundern wenn sie aus dem heutigen Landtagsberichte ersehen, daß im ganzen Großherzogthum jetzt Einheitslichkeit herrscht, und sie werden das Faktum auszunutzen verstehen.

† **Rageburg.** Das diesjährige Musterangegeschäft findet, wie folgt, statt: Freitag, 23. März Vorm. 10 Uhr: Musterung in Sandesneben: Gem. Boden, Schürenhöden, Bliestorf, Grimau, Gutsbezirk Bliestorf, Gemeinde Duvensee, Groß- und Klein-Rinkrade, Labenz, Rastorf, Gutsbezirk Rastorf, Gemeinde Rinau, Lückow, Gemeinde- und Gutsbezirk Rothenschanen, Sandesneben, Gemeinde- und Gutsbezirk Gr. Schentenberg, Gemeinde Schipshorf, Schönberg, Franzdorf, Siebenbäumen, Sutsfelde, Gutsb. Steinhorst, Gem. Gemßen, Wentorf u/Str. — Sonnabend, 24. März Vorm. 9 1/2 Uhr: Musterung in Mülln: Stadt Mülln, Gemeinde Bälau, Dorf, Breitenfelde, Alt-Mülln, Besenthal, Götting, Güster, Grambel, Gem. und Gutsbez. Gudow, Gem. und Gutsb. Hollenfel, Lanfau mit Breitenberge und Marienwöhlde, Lehmrade mit Drüßen, Braunsdorf, Sarnesow, Gemeinde und Gutsbezirk Mendorf a/Str., Gemeinde Koberg, Moltersdorf, Hornbel — Montag, 26. März Vormittags 9 1/2 Uhr: Musterung in Rakeburg: Gemeinde Anker, Rühlen, Gr. und Kl. Vertentghien, Buchholz, Dargow, Dadow, Gr. und Kl. Disna, Gutsb. Bartelsbush, Gem. Einshaus, Gölbenitz, St. Georgsberg, Gutsb. Fredeburg und Renborwerk, Gem. Gr. Grönau, Halendorf, Hornstorf, Rühlstorf, Klempau, Gutsb. Klempau, Krummesse, Gem. und Gutsb. Rogel, Kulpin, Kütlich, Gem. Laffahn, Mendorf a/Sch. mit Goldenjee, Rondsahagen, Gutsb. Rondsahagen, Gr. Wehden, Gem. und Gutsb. Seedorf, Gem. Sterley, Stintenburg, Lechin, Gr. und Kl. Thurow, Gr. und Kl. Secher. — Dienstag, 27. März Vorm. 9 1/2 Uhr: Musterung in Rakeburg: Gem. Berggrade, Mendorf u/Str., Gutsb. Mendorf u/Str., Gem. Holsendorf, Schmilau, Gutsb. Lachsenfel, Gem. und Gutsb. Mülln, Stadt Rakeburg, Gem. Salen, Gr. und Kl. Sarau, Pogez. — Für Schwarzenbel ist die Musterung am Donnerstag, 29. März Vorm. 10 1/2 Uhr. Dieselbe wird abgehalten in Schwarzenbel bei dem Gastwirth Scharfenberg, in Mülln auf dem Schägenhofe, in Rakeburg auf dem Schägenhofe.

Wisnar. Ein Tendenzprozeß ärgster Art ist, wie von vornherein zu sehen war, das Verfahren gewesen, das mit der Verurtheilung des Genossen Hoff zu 3 Jahren Zuchthaus wegen Weineides endete. Hoff gehört seit vielen Jahren dem Stadtparlament an, ist stets wiedergewählt worden und gilt allgemein als ruhiger, besonnener Mann. In seinem Plaidoyer sagte der Staatsanwalt Dr. Kerstenhann, um zu ver stehen, was den Angeklagten zu seiner falschen Aussage veranlaßt habe, mühten sich die Geschworenen die öffentlichen Verhältnisse in Wisnar vergegenwärtigen. Die „Ganja“ sei dasjenige Total, das

Die Flottenvermehrung und die Dienstzeit der Marinetruppen.

Man schreibt unserm Leipziger Parteiorgan:

So eingehend die Kritik der jetzigen Marineforderungen die gegen die Flottenvermehrung sprechenden Punkte hervorgehoben hat, auf eines ist in der Diskussion noch nicht hingewiesen worden, und doch erscheint uns dieses von ganz besonderer Wichtigkeit. Wir meinen die Rückwirkung der Flottenvermehrung auf eine eventuelle kürzere Dienstzeit der Mannschaften. Nicht nur birgt die Flottenvermehrung die Gefahr in sich, die jetzige Dienstzeit für unabwehrbare Zeit unter keinen Umständen verkürzen zu können, sondern es liegt gar die Möglichkeit vor, daß sie von der Marineverwaltung als zu kurz dargestellt werden könnte.

Es ist bekannt, daß in der Marine die Einstellung des Ersatzes für die abgehenden Mannschaften zu mehr denn 50 Proz. aus der reinen Landbevölkerung geschieht. Das Wachstum der Marine ist eben ein viel schnelleres gewesen, als das der Schiffsahrt treibenden Bevölkerung, und die Folge war die in immer höherem Maße erfolgende Einstellung von Personen ohne jede seemannischen Kenntnisse in die Marine.

Nun bedarf es zwar für die Mannschaften der Kriegsschiffe keiner allzugroßen seemannischen Ausbildung, aber das ungewohnte Leben auf schwankendem Boden an Bord eines Schiffes ist sehr erschwerend für die Ausbildung in einem der Hauptdienstzweige an Bord der Kriegsschiffe, in der Ausbildung an den Geschützen.

Bisher schon haben sich in dieser Beziehung in der Marine viele Schwierigkeiten herausgestellt und insbesondere wird geklagt über den Mangel an geeigneten Leuten zu Geschützführern. Die Entwicklung der Geschütztechnik ist ja bekannt; ganz besonders aber ist die artilleristische Armierung der Kriegsschiffe eine solche geworden, daß man in den höheren Marinestufen anfängt, mit einem gewissen Entsetzen die weiteren Fortschritte dieser Technik zu verfolgen. Vor ungefähr zwei Jahren hieß es in einem Artikel der im Reichsmarineamt redigierten „Marine-Rundschau“: „Unsere Kriegsmaschinen müssen einfach sein, weil wir immer wieder neue Leute auszubilden haben und nicht wie andere Marinen mit einem großen Stamm alter Mannschaften rechnen können. Ein Linienerschiff mit achtzehn 15 Centimeter-Schnellfeuerkanonen neben vier schweren Geschützen und einer Anzahl leichter ist für unsere Verhältnisse schon zu kompliziert, um voll ausgenutzt werden zu können.“

Aber der Technik läßt sich eben kein bestimmter Weg weisen und die Armierung der neuesten Linienerschiffe weist eine wahre Musterkarte von Geschützen auf. Da sind 4 24 cm Schnellfeuerkanonen, 18 15 cm Schnellfeuergeschütze, 12 dito 8,8 cm, 12 3,7 cm Maschinenkanonen und 12 8 mm Maschinengewehre.

Und dabei sind aus den früher so einfachen Kanonen, bei deren Bedienung der Hebebaum in den Händen der Bedienungsmannschaften eine so große Rolle spielte, heute komplizierte, sinnreich eingerichtete Maschinen geworden, zu deren Bedienung die Elektrizität, hydraulischer Wasserdruck, komprimierte Luft oder Dampf Hauptfaktoren geworden sind. Ein Griff an einem Hebel oder Handrad, ein Druck auf ein Ventil, und spielend leicht dreht sich das Mord-

werkzeug nach dem Willen seines Führers und richtet seine Tod und Verderben drohende Mündung auf das gewünschte Ziel.

Dazu muß aber der Geschützführer bis in's kleinsten Detail sein Geschütz kennen, der Zweck des kleinsten Theilchens ihm bekannt sein, er muß es in jeder Lage und Bewegung des Schiffes zu handhaben verstehen.

Das erfordert aber eine gewisse Intelligenz und nur lange Übung ermöglicht ein solches Vertrautsein mit der Mordwaffe, daß dessen völlige Ausnutzung im Ernstfall gewährleistet erscheint.

Der Geschützmechanismus ist ein so komplizierter geworden, daß man heute schon nur mit größter Mühe die Zahl der benötigten Geschützführer, die außerdem ja für jedes Geschütz noch in vielfacher Zahl vorhanden sein müssen, aus der Zahl der Mannschaften entnehmen kann.

Und die Folge ist, daß man schon in den maßgebenden Marinestufen die Frage erwogen hat, ob es sich nicht empfiehlt, durch Einstellung von 5- und 7-jährigen Freiwilligen sich einen Stamm zu schaffen, der mit der Geschützbedienung auf das äußerste vertraut ist.

Jetzt soll nun die Flotte gar verdoppelt werden. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Geschützmannschaften werden sich also in viel erhöhterem Maße einstellen. Und wie die englische Flotte unseren Flottenschwärmern als Vorbild dient, so wird auch die Gefahr der Uebertragung der englischen Mannschafthverhältnisse auf unsere Marine in immer greifbarere Nähe gerückt.

Mit keinem Worte geht die Begründung des jetzt vorliegenden Flottengesetzes auf diesen Punkt ein. Das einzige was in der Begründung zu finden ist, besagt: „Die Beschaffung des für eine solche Vermehrung (der Flotte) erforderlichen Personalbedarfs bedingt die jährliche Einstellung von etwa 200 Seefadetten und 1000 Schiffsjungen. Daß sich Einstellungen in dieser Höhe durchführen lassen, wenn die Erweiterung der Marine gesetzlich sichergestellt wird, erscheint nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zweifelhaft.“

In keiner Weise giebt die Regierung über den von uns angeschnittenen Punkt Klarheit. Um das Unbequeme drückt man sich herum, in der Annahme, daß diese Verhältnisse nicht allzu bekannt in der Öffentlichkeit seien. Und doch erscheint uns gerade diese Sache der Aufklärung bedürftig, denn ist erst die Flotte bewilligt, dann wird die Regierung auf ihren Schein bestehen und die sich ergebenden Konsequenzen einfordern.

Noch ist es Zeit, die Regierung hierüber zum Sprechen zu bringen, und hoffentlich geschieht es auch.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Durch einen Vergleich vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ist, nach dem Wolffschen Bureau, Dienstag Abend der Ausstand in der Berliner Holzindustrie beendet. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt Montag, falls die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter den Vergleich gutheißen. Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten. — Eine Arbeitseinstellung der Arbeitsleute und Rutscher vollzog sich in Berlin-Moabit. Bei 16 Firmen wurden von ca. 250 Rutschern und Arbeitern Forderungen gestellt. Die Rutscher verlangten 27 Mk., die Arbeiter 24 Mark Wochenlohn. 12 Firmen bewilligten sofort, bei anderen sind Unterhandlungen im Gange. — 270 Arbeiter der chemischen Fabrik vorm. Milch u. Co. in Posen

haben wegen verweigerter Lohnhöhung die Arbeit niedergelegt. — Der Streik der Erfurter Maschinenschneider wurde nach einem glänzenden Erfolge für beendet erklärt. Die 220 in den Ausstand getretenen Schneider arbeiten sämtlich zu den neuen tarifmäßig vereinbarten Lohnbedingungen. — In Erfurt hat die Malerinnung laut Beschluß sämtliche Gehilfen ausgesperrt. Eine Anzahl Innungsmeister hat sich jedoch an den Beschluß nicht gehalten, sondern läßt weiter arbeiten. — Die Polierer von Dresden, Rabenau und Umgebung haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unternehmer die Forderungen nicht bewilligt haben. Ein Teil der Polierer, die keine Kündigung hatten, ist schon vor vierzehn Tagen in den Streik eingetreten. — Die Bauhener Former stehen in Differenzen mit ihren Meistern. — Der Gummiarbeiterstreik in Zeulenroda ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. — Die Gewerkschaften in Striegau (Schlesien) treten allgemein für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden ein. — Die Holzarbeiter in Pörsfeld haben die Kündigung eingereicht.

Zum Bergarbeiterstreik in Böhmen liegen folgende Meldungen vor: In Falkenau befinden sich noch 3900 Arbeiter im Ausstande, 2100 arbeiten. Die Lage ist im Uebrigen unverändert. In Brüx sind Dienstag von 5430 Arbeitern 4760 angefahren, alle Werke sind im Betrieb. — Der Streik in Aussig kann als beendet betrachtet werden. Auf allen Werken wird nahezu vollständig gearbeitet. — In Dux arbeiteten 16 Schächte vollzählig, die übrigen mit Zweidrittel-Beschäftigten. In Osse wurden zwei Streikführer wegen des resultatlosen Ausganges des Streiks bedroht und mußten flüchten. Wegen Beteiligungen an den letzten Demonstrationen wurden 8 Personen verhaftet. Aus Bilzen wird gemeldet, daß in allen Schichten der Bergarbeiter bis auf kleine Theile, die sich aber auch schon zur Arbeit gemeldet haben, angefahren wird. Die Bergarbeiter des Walpurgis-Schachtes erzwang Montag durch vorzeitige Ausfahrt die Achtstundenschicht.

Neben Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit in allen Tuchfabriken in Aachen hat der kürzlich gegründete „Arbeitgeberverband der Textilindustrie“ jetzt Bestimmungen getroffen, den einheitlichen Schluß der Webereien an den Sonnabenden auf 5 1/2 Uhr (statt 7 Uhr) festzusetzen. Dieser Beschluß entspricht auch den Forderungen der Arbeiter. Die organisierten Arbeitgeber beschäftigen insgesamt 10 500 Weber.

Gemeindevahlen in der Umgegend Berlins haben unseren Genossen eine Reihe hübscher Erfolge gebracht. In Weissensee erhielten am Montag im 2. Bezirk Genosse Schiller 323, Gerstenberger 320 Stimmen, während die Gegner 25, 29 und 4 Stimmen erhielten. Im 3. Bezirk vereinigte Genosse Laubmann 310 Stimmen auf sich, während sein Gegner nur 31 Stimmen erhielt. — In Johannisthal ist Genosse Mann zum Mitglied des Gemeinderaths gewählt worden. Auf ihn fielen 134 Stimmen, während der Gegner nur 6 Stimmen erhielt. — In Pankow gingen aus den am Montag stattgefundenen Gemeinderatswahlen die Kandidaten der Sozialdemokraten Klingenberg mit 208 Stimmen, Freiwald mit 252 Stimmen als Sieger hervor. Die Kandidaten des Reichsmasch erhielten 167 bzw. 210 Stimmen. — Bei den Gemeinderatswahlen in Wilmerdorf sind unsere Parteigenossen leider der Koalition der bürgerlichen Parteien unterlegen. Die ehemals feindlichen Brüder vereinigten auf ihren Kandidaten 474 Stimmen, während auf unseren Parteigenossen Maurer Behrend 335 Stimmen fielen. Durch frühen Schluß der Wahl wurde vielen Arbeitern die Theilnahme daran unmöglich gemacht. — Bei den Gemeinderatswahlen in Lichtenberg-Friedrichsberg siegten im 2. Bezirk die Genossen Gastwirth Osw. Grauer und Spediteur Karl Weik mit 589 bzw. 573 gegen 104 bzw. 92 Stimmen, welche die zwei Gegner erhielten. — In Oberschöneweide wurde Genosse John mit 199 Stimmen

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs XIV. Von E. T. A. Hoffmann.

(7. Fortsetzung.)

In der That konnte sich die Scuderi von der Schuld des jungen Menschen nicht überzeugen. Alles sprach wider ihn, ja kein Richter in der Welt hätte anders gehandelt, wie la Regnie, bei solchen entscheidenden Thatsachen. Aber das Bild häuslichen Glücks, wie es Madelon mit den lebendigsten Zügen der Scuderi vor Augen gestellt, überstrahlte jeden bösen Verdacht, und so mochte sie lieber ein unerklärliches Geheimniß annehmen, als daran glauben, wogegen ihr ganzes Inneres sich empörte.

Sie gedachte, sich von Olivier noch einmal Alles, wie es sich in jener verhängnißvollen Nacht begeben, erzählen zu lassen, und so viel wie möglich in ein Geheimniß zu dringen, das vielleicht den Richtern verschlossen geblieben, weil es werthlos schien, sich weiter darum zu bekümmern.

In der Conciergerie angekommen, führte man die Scuderi in ein großes, helles Gemach. Nicht lange darauf vernahm sie Rettengerassel. Olivier Bruffon wurde gebracht. Doch so wie er in die Thüre trat, sank auch die Scuderi ohnmächtig nieder. Als sie sich erholt hatte, war Olivier verschwunden. Sie verlangte mit Heftigkeit, daß man sie nach dem Wagen bringe, fort, augenblicklich fort wollte sie aus den Gemächern der frevelnden Berruchtheit. Ach! auf den ersten Blick hatte sie in Olivier Bruffon den jungen Menschen erkannt, der auf dem Pontneuf jenes Blatt ihr in den Wagen geworfen, der ihr das Kästchen mit den Juwelen gebracht hatte. — Nun war ja jeder Zweifel gehoben, la Regnie's schreckliche Vermuthung ganz bestätigt. Olivier Bruffon gehörte zu der fürchterlichen Mordbande, gewiß ermordete er auch den Meister! — Und Madelon? — So bitter noch nie vom innern Gefühl getäuscht, auf den Tod angepöckelt von

der höllischen Macht auf Erden, an deren Dasein sie nicht geglaubt, verzweifelte die Scuderi an aller Wahrheit. Sie gab Raum dem entsetzlichen Verdacht, daß Madelon mit verschworen und Theil haben könne an der gräßlichen Blutschuld. Wie es denn geschieht, daß der menschliche Geist, ist ihm ein Bild aufgegangen, emsig Farben sucht und findet, es greller und greller auszumalen, so fand auch die Scuderi, jeden Umstand der That, Madelons Betragen in den kleinsten Zügen erwägend, gar Vieles, jenen Verdacht zu nähren. So wurde Madelon, was ihr bisher als Beweis der Unschuld und Reinheit gegolten, sicheres Merkmal freventlicher Bosheit, studierter Heuchelei. Sener herzzerreißende Jammer, die blutigen Thränen konnten wohl erpreßt sein von der Todesangst, nicht den Geliebten bluten zu sehen, nein — selbst zu fallen unter der Pentenshand. Gleich sich die Schlange, die sie im Busen nährte, vom Halse zu schaffen: mit diesem Entschluß stieg die Scuderi aus dem Wagen. In ihr Gemach eingetreten, warf Madelon sich ihr zu Füßen. Die Himmelsaugen, ein Engel Gottes hat sie nicht treuer, zu ihr emporgerichtet, die Hände vor der wallenden Brust zusammen gefaltet, jammerte und flehte sie laut um Hülfe und Trost. Die Scuderi, sich mühsam zusammenfassend, sprach, indem sie dem Ton ihrer Stimme so viel Ernst und Ruhe zu geben suchte, als ihr möglich: „Geh — geh — tröste Dich nur über den Mörder, den die gerechte Strafe seiner Schandthaten erwartet. — Die heilige Jungfrau möge verhüten, daß nicht auf Dir selbst eine Blutschuld schwer laste.“ — „Ach, nun ist Alles verloren! — Mit diesem gelenden Ausruf stürzte Madelon ohnmächtig zu Boden. Die Scuderi überließ die Sorge um das Mädchen der Martiniere und entfernte sich in ein anderes Gemach.

Ganz zerrissen im Innern, entzweit mit allem Fröhlichen wünschte die Scuderi, nicht mehr in einer Welt voll höllischen Truges zu leben. Sie klagte das Verhängniß an, das in bitterem Hohn ihr so viele Jahre vergönnt, ihren Glauben an Tugend und Treue zu stärken, nun in ihrem

Alter das schöne Bild vernichte, welches ihr im Leben geleuchtet.

Sie vernahm, wie die Martiniere Madelon fortbrachte, die leise seufzte und jammerte: Ach! — auch sie — auch sie haben die Graulamen behört. — Ich Glende — armer, unglücklicher Olivier! — Die Töne drangen der Scuderi in's Herz, und auf's Neue regte sich aus dem tiefsten Innern heraus die Ahnung eines Geheimnisses, der Glaube an Oliviers Unschuld. Bedrängt von den widersprechendsten Gefühlen, ganz außer sich rief die Scuderi: Welcher Geist der Hölle hat mich in die entsetzliche Geschichte verwickelt, die mir das Leben kosten wird! — In dem Augenblick trat Baptiste hinein, bleich und erschrocken, mit der Nachricht, daß Desgrais draußen sei. Seit dem abschrecklichen Prozeß der la Voisin war Desgrais' Erscheinung in einem Hause der gewisse Vorbote irgend einer peinlichen Anklage, daher kam Baptiste's Schreck, deshalb fragte ihn das Fräulein mit mildem Lächeln: Was ist Dir, Baptiste? — Nicht wahr? — der Name Scuderi befand sich auf der Liste der la Voisin? Ach um Christus willen, erwiderte Baptiste, am ganzen Leibe zitternd, wie möget Ihr nur so etwas aussprechen, aber Desgrais — der entsetzliche Desgrais thut so geheimnißvoll, so dringend, er scheint es gar nicht erwarten zu können, Euch zu sehen! — Nun, sprach die Scuderi, nun Baptiste, so führt ihn nur gleich herein den Menschen, der Euch so fürchterlich ist, und der mir wenigstens keine Besorgniß erregen kann. — „Der Präsident“, sprach Desgrais, als er in's Gemach getreten, „der Präsident la Regnie schickt mich zu Euch, mein Fräulein, mit einer Bitte, auf deren Erfüllung er gar nicht hoffen würde, kannte er nicht Eure Tugend, Euer Muth, läge nicht das letzte Mittel, eine böse Blutschuld an den Tag zu bringen, in Euren Händen hätte ich Ihr nicht selbst schon Theil genommen an dem bösen Prozeß, der die Chambre ardente, uns Alle in Athem hält. Olivier Bruffon, seitdem er Euch gesehen hat, ist halb rasend. So sehr er schon zum Bekenntniß sich zu neigen schien, so schwär

als Gemeindevorsteher gewählt. Die Gegner erhielten 54 bzw. 18 Stimmen.

Bei der Stichwahl im Landtags-Wahlkreis Schalkau-Rauenstein siegte Genosse Arthur Hofmann-Saalfeld über Landrath Götzling-Sonneberg mit 910 gegen 886 Stimmen. Das ist der fünfte Sozialdemokrat in diesem aus 24 Mitgliedern — worunter 8 Privilegierte — bestehenden Parlament des Herzogthums Sachsen-Meinungen.

Der Jahrestag des Kommune-Aufstandes wurde am Sonntag in Paris von den Sozialisten an vielen Stellen gefeiert. In einer Rede, die Faure bei einem Festmahl hielt, führt er aus, die Kommune sei eine Bewegung des Bürgerstandes, nicht der Proletarier gewesen. „Sie war eine Auflehnung gegen einen schwachwollen Frieden und gegen die Versailler Regierung, und ihre Wirkung war die Erhaltung der bürgerlichen Republik. Das Proletariat war 1871 weder gegliedert noch selbstbewußt, sein Tag ist noch nicht gekommen.“

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Verhandlung gegen die infolge des Königsberger Rosenkranz-Prozesses wegen Meineids in Untersuchungshaft befindlichen Arbeiterfrauen Marie Busch und Marie Siegran findet am 5. April vor dem Schwurgericht in Königsberg statt. — Zur Königsberger Mordaffäre melden die „Danz. N. N.“, daß der Wirtschaftseleve Bülow, der gleichzeitig mit dem Tertianer Winter verschwunden sein sollte, in Berlin eingetroffen ist. In einem Gehöft in Mönchsee sind Kleidungsstücke beschlagnahmt worden, von denen man annimmt, daß sie dem ermordeten Winter gehört haben. Weitere Hausdurchsuchungen sind im Gange. — Ein eigenartiges und zugleich unbehagliches Verbrechen hatte sich der Töpfermeister D. in Mühlbach bei Priebus auserwählt. D. war nämlich vom Schöffengericht zu Priebus zu einer mehrtägigen Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Da der Verurtheilte jedoch trotz gerichtlicher Auforderung die Strafe nicht angetreten hatte, so erhielt der zuständige Amtsvorsteher in Hermsdorf den Auftrag, die sofortige Verhaftung des D. vorzunehmen. Nach längerem erfolglosen Suchen wurde D. endlich im Schornstein seines Hauses versteckt vorgefunden. Hier gelang es denn auch mit vieler Mühe, den Langgeputchten dingfest zu machen und zur Verbüßung der Strafe dem Gerichtesgefängnis in Priebus zuzuführen. Nach seiner Abgabe hatte D. bereits seit vierzehn Tagen im Schornstein Aufenthalt genommen. — Am Sonnabend ist wohl die älteste Frau des Reiches, die in Rosdorf (Hessen) wohnhaft gewesene Frau May, im Alter von 106 Jahren gestorben. 1794 in Momart im Oberwald geboren, war sie noch bis zuletzt verhältnismäßig rüstig, körperlich und geistig, aber erblindet. — Der Kuppelparagraph scheint einmal den Richtigen getroffen zu haben. Ein Bauer aus Sauerlach wurde vom Landgericht in München zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurtheilt, weil er seiner Stieftochter gestattete, ihren Liebhaber häufig bei sich aufzunehmen, und er sich dafür von dem Liebhaber im Zuchthaus freihalten ließ. — Ein Tapezier in Wien Namens Dominik Lang hat wegen schlechten Geschäftsganges sich und seine vier im Alter von 14 bis 26 Jahren stehenden Töchter, die ihr Einkommen dazu gegeben hatten, mit Chankali vergiftet. Der Vater und zwei Töchter sind todt, die beiden anderen Mädchen haben sich erholt. — Auf der Donaustraße bei Paks (Ungarn), wo vor einigen Jahren über 200 Menschen verunglückten, hat sich Sonntag abermals eine Katastrophe ereignet. Vom Markte kommende Bauern benutzten mit Wagen und Pferden die Jahre. Mitten auf der Donau riß infolge des furchtbaren Sturmes das Seil, die Jahre kippte um und alle Insassen, 25 Bauern jammert Pferde und Wagen versanken in den Fluthen. — Montag Abend entstand in einer Wirtschaft in Brüssel zwischen der Wirthin und einem der Gäste ein Wortwechsel. Der Gast ergriff, als ihm die Thür gewiesen wurde, eine Flasche Whisky und schleuderte sie gegen die Wirthin, wobei er fünf andere Gäste traf. Der Zustand der fünf Verwundeten ist sehr ernst. Der Schuldige wurde der Polizei übergeben. — Nach dem Aufheuen des Schnees stellt sich jetzt heraus, daß bei dem dreitägigen Schneesturm, der Ende Februar Südwest-Rußland heimlich, sehr viele Menschen ums Leben gekommen sind. Im Niewischen Kreise allein wurden zwanzig Leichen von Entworfenen gefunden; auch in anderen Kreisen stößt man auf Leichen von im Unverderbten verirrten Menschen wie von Pferden. — Beim Brande eines einstöckigen Holzhauses

in Petersburg büßten Nachts vier Personen das Leben ein. — In Sydneey kamen Montag ein weiterer Todesfall und zwei neue Erkrankungen, vermuthlich an Pest, vor. In Abelaide sind 5 verdächtige Todesfälle zu verzeichnen. — Der ehemalige Berliner Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann hatte sich dieser Tage unter der Verfolgung des Betruges vor den Geschworenen in New York zu verantworten. Friedmann wurde von den Geschworenen ohne Verurtheilung freigesprochen.

Dem Reinen ist alles rein, dem Schwein wird alles zur Schweinerei, sagte bekanntlich bei der zweiten Lesung der lex Heinze unser Fraktionsredner Wolfgang Heinz. Ein kleines Geschichtlein, für dessen Wahrheit wir uns so schreibt unser parlamentarischer Berichterstatter, verbürgen können, mag die Wichtigkeit dieses Auspruchs bekräftigen. Befand sich da in einer Stadt Schleswig-Holsteins eine Bedürfnisanstalt, die aber leider eines Daches entbehre. In der Nähe wohnten zwei alte Jungfern. Dieselben beschwerten sich darüber, daß der Wind in das Innere der nützlichen Anstalt ihr Schamgefühl in gröblicher Weise verlege. Eine Untersuchung wird angestellt. Der Polizeikommandant oder wer sonst die Revision vorzunehmen hat, begiebt sich in das Jungfernhäuslein, tritt an das Fenster und lugt zu der betr. Anstalt hinüber. „Nichts Anstößiges ist zu entdecken“, sagt der ärgerliche Ordnungshüter zu den beiden bejahrten Jungfrauen. „Ja, Sie müssen auf die Kommode steigen.“ „Laute die Antwort der in ihrem Schamgefühl so gröblich verletzten Damen.“

Die deutsche überseeische Auswanderung im Februar 1900 und in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es wurden befördert deutsche Auswanderer im Monat Februar

	über:	1900	1899
Bremen		456	569
Hamburg		564	547
Deutsche Häfen zusammen		1020	1116
fremde Häfen (soweit ermittelt)		164	181

Leberhaupt 1184 1297

Aus deutschen Häfen wurden im Februar 1900 neben den 1020 deutschen Auswanderern noch 1268 Angehörige fremder Staaten befördert, davon gingen über Bremen 7154, Hamburg 5534.

Vom einem sensationellen Vorkommnis berichtet die „Sächsische Arbeiterzeitung“. Ein Assessor Bernhard von der Staatsanwaltschaft in Dresden fühlte sich durch eine Verwarnungsrede des Oberstaatsanwalts Dr. Bär, in der von Plunderer die Rede gewesen sein soll, beleidigt. Er wandte sich an den Vorkath Dr. Crede, damit er an Dr. Bär das Ersuchen richte, die Beleidigung zurückzunehmen, dann solle die Sache erledigt sein. Dr. Bär lehnte dies ab. Hierauf ließ der scheidende Assessor durch einen Oberleutnant a. D. den Oberstaatsanwalt auf Pistolen fordern. Dieser lehnte die Forderung ab, entließ den Assessor seines Amtes und ließ ihn dann, da wegen Stellen- und Existenzlosigkeit Fluchtverdacht vorliege, in Untersuchungshaft nehmen. Gegen Hinterlegung einer von Freunden aufgetragenen Caution wurde er vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Aus der Ferienkassone. Nach einer dem „Vorm.“ zugehenden Nachricht sollen in dem Zeitraum vom 12. bis 18. Februar dieses Jahres in der Garnison Leipzig allein nicht weniger als fünf Soldaten-Selbstmorde vorgekommen sein. Der Soldat Fiedler im 134. Infanterie-Regiment ließ sich durch einen Eisenbahnzug überfahren; der Unteroffizier Krebs im 106. Infanterie-Regiment hat sich erschossen; ferner haben sich im 18. Ulanen-Regiment ein Unteroffizier und ein Offiziersburche erschossen, und der Soldat Busch im 104. Infanterie-Regiment tödtete sich, indem er Scheidewasser trank. Ob „Liebesgram“ oder andere Gründe diese Selbstmorde veranlaßt haben, darüber schweigt der Berichterstatter; vielleicht sieht sich aber die zuständige Militärbehörde veranlaßt, über diese höchst auffallenden Vorkommnisse Auskunft zu geben. Auch sollen im 134. Regiment eine Anzahl Mannschaften abhanden gekommen sein, über deren Verbleib die Kunde fehlt.

Freie in der Armee. Auffallend viel Freisinsfälle sind in letzter Zeit in der sächsischen Armee beobachtet worden. In zwei Fällen brach die Geisteskrankheit plötzlich inmitten des Dienstes in Gestalt von Wahnsinn aus, in anderen Fällen führte disziplinarwidriges Verhalten dieser Leute zu dem Verdachte einer schweren Belastung, und weitere Nachforschungen ergaben, daß die Betroffenen früher in Irrenanstalten untergebracht gewesen waren, ohne daß die Militärbehörde davon Kenntniß erhal-

ten hätte. Mit Rücksicht darauf ist an die Gemeindevorstände die dringende Anordnung ergangen, in die Frühlingsstammrollen eine Eintragung zu bewirken, wo Leute sich melden, von denen ihnen bekannt ist, daß sie bereits in irrenärztlicher Behandlung befunden haben.

Im Elberfelder Militärfreiungsprozeß hat Montag, wie bereits gemeldet, die Beweisaufnahme begonnen. Die Zeugen sind partiell geladen. Der Untersuchungsrichter Spieß befandte über die Aussagen und die Glaubwürdigkeit des verstorbenen Hauptangeklagten Strucksberg Spieß sagte, Strucksberg habe nicht geleugnet, daß er mit den Militärärzten verkehrt habe, er habe sich auch genannt, aber nur verstorbenen. Ueber die Verze, noch leben, habe Strucksberg nichts sagen wollen. Die Zeugenvernehmung wird die ganze Woche andauern. Nachdem Strucksberg todt ist, preisen sich seine Mittelepersonen und ärztlichen Helfer glücklich, daß sein Mund für immer geschlossen ist. Infolgedessen werden die meisten Mächte dieses Prozesses wohl ungelöst bleiben.

Im Bureaukratismus baumelt immer noch ein Bop wie nachstehendes Vorkommnis aus einer rheinischen Stadt zeigt: Ein Bürger hatte seiner städtischen Behörde einen Besuch eingereicht und für die Rückantwort eine 5-Pfg. Freimarke beigelegt. Der Bescheid ging dem Gesuchsteller durch Boten zu und die 5-Pfg.-Marke geriet in die Hände. Hier konnte sie aber nicht bleiben, vereinnahmen glaubte man sie auch nicht zu dürfen, und so entschloß man sich dem sie zurückzugeben. In einem verschlossenen, wieder durch einen Boten zugestellten Briefe, erhielt der Bürger eine Einladung des mit der Marke behafteten Bureaus. Nachdem man ihm dort den Zweck der Vorladung auseinandergesetzt und er eine Bescheinigung über den Empfang der Marke zu den Akten gegeben, wurde ihm dieses Werkstück abgehändigt und das Bureau war beruhigt. Der Bureaukratismus ist anscheinend nicht unzubringen.

Bedenktliche Praktiken moderner Juristerei bringen die Münchener „Neuesten Nachrichten“ ans Tageslicht in der Mittheilung, daß zu einer Frau, die ein Strafmandat erhalten und dagegen Einspruch erhoben hatte, einige Zeit darnach ein Schutzmann kam und ihr folgendes Schreiben zur Nachachtung vorlegte: „An die fgl. Polizeidirektion, hier, brevi manu (kurzer Hand, Rev. d. U. V.) mit der Weisung, die Einspruchseinlegerin zu belehren, daß ihr Einspruch aussichtslos erscheint. Die selbe ist zur Zurücknahme desselben gegen Unterschrift anzugeben. — Bez. und gef.: Der Amtsanwalt K. am fgl. Amtsgericht München.“ Das grenzt an vornärzliche Zustände. Erst vor Kurzem wurde es, wie der Berichterstatter der „Frlf. Jtg.“ hierzu ergänzend bemerkt, offenkundig, daß in Beleidigungsprozessen der Amtsrichter durch einen Schutzmann die von den Parteien vorgelegten Zeugen (Erklärungszugehen) aufsuchen und fragen läßt, was sie von der Sache wüßten. Je nachdem die Meldung des Schutzmanns aussäls, ordne der Amtsrichter die Ladung an oder lehne sie ab. Bei dem Augsburger Krawallprozeß ist es befauntlich auch herausgekommen, daß die Staatsanwaltschaft oder die Polizei Schutzleute, die Belastungszeugen waren, zu Entlastungszeugen in's Haus schickte, um sie zu fragen, was sie wüßten. Diese Dinge sollten im Landtag zur Sprache gebracht werden.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß' Verlag) ist soeben das 25. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Kleinen von den Seinen. — Schippel, Brentano und die Plottenvorlage. Von R. Kautsky. (Fortsetzung). — Disziplin in Strafanstalten. Von Hans Leuß. I. — Pariser Theater. Von Dr. Felicie Noffi. (Schluß). — Feuilleton: Literaturhistorische Streifzüge. Von Franz Mehring. IV.

Im Verlag von J. H. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben Heft 11 und 12 des „Arbeiterrecht“ von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, erschienen. Dem Werke direkt angeschloffen ist der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Mit vielen Beispielen und Formulare für Klagen, Anträge und Bescheidwerden u. j. w. Das „Arbeiterrecht“ enthält Alles, was für den Arbeiter notwendig ist zu wissen und macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich. Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pf. erscheinen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

er doch jetzt auf's Neue bei Christus und allen Heiligen, daß er an dem Morde Cardillac's ganz unschuldig sei, wie wohl er den Tod gern leiden wolle, den er verdient habe. Bemerkt, mein Fräulein, daß der letzte Zusatz offenbar auf andere Verbrechen deutet, die auf ihm lasten. Doch vergebens ist alle Mühe, nur ein Wort meiner herauszubringen, selbst die Drohung mit der Tortur hat nichts geschafft. Er steht, er beschwört uns, ihm eine Unterredung mit Euch zu verschaffen, Euch nur, Euch allein will er Alles gestehen. Laßt Euch herab, mein Fräulein, Bruffon's Bekanntheit zu hören.“ Wie! rief die Scuderi ganz entrüstet, soll ich dem Blutgericht zum Organ dienen, soll ich das Vertrauen des anglickischen Menschen mißbrauchen, ihn auf's Blutgerüst zu bringen? — Nein, Desgrais! mag Bruffon auch ein verurtheilter Mörder sein, nie war' es mir doch möglich, ihn so spitzbübisch zu hintergehen. Nichts mag ich von seinen Geheimnissen erfahren, die wie eine heilige Beichte in meiner Brust verschlossen bleiben würden. „Vielleicht“, versetzte Desgrais mit einem feinen Lächeln, „vielleicht, mein Fräulein, ändert sich Eure Gesinnung, wenn Ihr Bruffon gehört habt. Hatet Ihr den Präsidenten nicht selbst, er sollte menschlich sein? Er that es, indem er dem thörichten Verlangen Bruffon's nachgibt, und so das letzte Mittel versucht, ehe er die Tortur verhängt, zu der Bruffon langst reis ist.“ Die Scuderi schrak unwillkürlich zusammen.

„Echt“, fuhr Desgrais fort, „seht, würdige Dame, man wird Euch keineswegs zumuthen, noch einmal in jene finsternen Gemächer zu treten, die Euch mit Grausen und Abscheu erfüllen. In der Stille der Nacht, ohne alles Aufsehen bringt man Olivier Bruffon wie einen freien Menschen zu Euch in Euer Haus. Nicht einmal belauert, doch wohl

bewacht, mag er Euch dann zwarglos alles bekennen. Daß Ihr für Euch selbst nichts von dem Elenden zu fürchten habt, dafür stehe ich Euch mit meinem Leben ein. Er spricht von Euch mit inbrünstiger Verehrung. Er schwört, daß nur das düstere Verhängniß, welches ihm verwehrt habe, Euch früher zu sehen, ihn den Tod gestürzt. Und dann steht es ja bei Euch, von dem, was Euch Bruffon entdeckt, so viel zu sagen, als Euch beliebt. Kann man Euch zu Mehrerem zwingen?“

Die Scuderi sah tief sinnend vor sich nieder. Es war ihr, als müße sie der höheren Macht gehorchen, die den Ausschluß irgend eines entsetzlichen Geheimnisses von ihr verlangete, als könne sie sich nicht mehr den wunderbaren Verwicklungen entziehen, in die sie willenlos gerathen. Blöthlich eingeschloffen, sprach sie mit Würde: Gott wird mir Fassung und Standhaftigkeit geben; führt den Bruffon her, ich will ihn sprechen.

So wie damals, als Bruffon das Kästgen brachte, wurde um Mitternacht an die Hausthüre der Scuderi geklopft. Kapitän, von dem nächtlichen Besuch unterrichtet, öffnete. Gestalter Schauer überließ die Scuderi, als sie an den leisen Tritten, an dem dumpfen Gemauschel wahrnahm, daß die Wächter, die den Bruffon gebracht, sich in den Gängen des Hauses vertheilten.

Endlich ging leise die Thüre des Gemaches auf. Desgrais trat ein, hinter ihm Olivier Bruffon, fesselfrei, in anständigen Kleidern.

„Hier ist“, sprach Desgrais, sich ehrerbietig verneigend, „hier ist Bruffon, mein würdiges Fräulein!“ und verließ das Zimmer.

Bruffon sank vor der Scuderi wieder auf beide Kniee,

stehend erhob er die gefalteten Hände, indem Thränen ihm aus den Augen rauchten.

Die Scuderi schaute erblaßt, keines Wortes mächtig, auf ihn herab. Selbst bei den entsetzlichen, ja durch Gram, durch grünen Schmerz verzerrten Zügen strahlte der reine Ausdruck des treuesten Gemüths aus dem Jünglingsantlitze. Je länger die Scuderi ihre Augen auf Bruffon's Gesicht ruhen ließ, desto lebhafter trat die Erinnerung an irgend eine geliebte Person hervor, auf die sie sich nur nicht deutlich zu bestimmen vermochte. Alle Schauer wichen von ihr, sie vergaß, daß Cardillac's Mörder vor ihr kniete, sie sprach mit dem anmuthigen Tone des ruhigen Wohlwollens, der ihr eigen: Nun, Bruffon, was habt Ihr mir zu sagen? Dieser, noch immer knieend, seufzte auf vor tiefer, inbrünstiger Behmuth und sprach dann: „O, mein würdiges, mein hochverehrtes Fräulein, ist denn jede Spur der Erinnerung an mich verfliegen?“ Die Scuderi, ihn noch aufmerksam betrachtend, erwiderte, daß sie allerdings in seinen Zügen die Ähnlichkeit mit einer von ihr geliebten Person gefunden, und daß er nur dieser Ähnlichkeit es verdanke, wenn sie den tiefen Abscheu vor dem Mörder überwinde und ihn ruhig anhöre. Bruffon, schwer verletzt durch diese Worte, erhob sich schnell und trat, den finstern Blick zu Boden gesenkt, einen Schritt zurück. Dann sprach er mit dumpfer Stimme: „Habt Ihr denn Anne Guivot ganz vergessen? — Ihr Sohn Olivier — der Knabe, den Ihr so oft auf Eueren Knien schaukellet, ist es, der vor Euch steht.“

(Fortsetzung folgt)